



Der Grosse Rat bleibt stur

Das Bild des explodierenden Reaktor-gebäudes hat eine Zeitenwende ausgelöst: Auch die enthusiastischsten PredigerInnen einer vermeintlich sicheren, sauberen Energie sind verstummt. Aber nicht im Aargauer Grossen Rat! Dieter Egli

Fukushima hat gezeigt, was das Wort «Restrisiko» bedeutet. In Lucens konnte man auf eine Technik in den Kinderschuhen hinweisen, in Harrisburg auf ungenügende Ausbildung und in Tschernobyl auf kommunistischen Schlendrian. Aber im vorbildlichen Japan? Fukushima hat uns drastisch vor Augen geführt, dass die Atom-Technologie nicht kontrollierbar ist. Immer wird es menschliche Fehleinschätzungen geben und unerwartete Ereignisse, die Sicherheitsszenarien unbrauchbar machen. Oder wie es ein Grossrat sagte: «Diese Technologie passt nicht in eine fehlerbehaftete Welt».

Wenn man bedenkt, welch menschliches Leid und wirtschaftlichen Schaden eine ähnliche Katastrophe in der Schweiz auslösen würde – man stelle sich einen 40-km-Evakuierungsradius um Beznau vor! – dann ist die Politik gefordert. Die SP Aargau sprach am Sonntag nach dem Tsunami dem japanischen Botschafter in der Schweiz ihr Mitgefühl aus und meldete sich in der folgenden Grossrats-sitzung zusammen mit den Grünen mit dem Antrag auf eine Standesinitiative zu Wort. Die wichtigsten Forderungen: alle AKW möglichst schnell vom Netz, Verzicht auf den Neubau von AKW, verstärkte Förderung von erneuerbarer Energie. Diese Begehren sind nicht neu. Dennoch wurde uns in der folgenden Ratsdebatte vorgeworfen, eine Katastrophe in populistischer Manier zur Wahlwerbung auszunützen. Als wäre ein Reaktorunfall eine Naturkatastrophe und als hätte die SP nicht schon immer vor den fatalen Gefahren gewarnt! Der Vorwurf ist

ein Schlag ins Gesicht jener AktivistInnen, die bisher im besten Fall von der selbstgerechten Atomlobby verhöhnt, manchmal aber auch bedroht wurden.

Überhaupt gingen die Bürgerlichen wenig auf Inhalte ein: Kein Wort über das Gefahrenpotential der hiesigen Atomkraftwerke, kein Wort zur fehlenden politischen Kontrolle, kein Wort aber auch zu den riesigen wirtschaftlichen Chancen, die die Umstellung auf erneuerbare Energien mit sich bringen würde. Stattdessen wurde laviert: Man müsse die Analyse der Ereignisse abwarten, Klarheit über die Ursachen haben, dürfe keine «Schnellschüsse» abgeben – hilflose Versuche von CVP und FDP, Normalität vorzutauschen. Noch zynischer war nur die SVP, die tat, was sie bei neuen Themen immer tut: Sie ignoriert – in der Hoffnung, dass sie die politische Dummheit schon so weit kultiviert hat, dass ihr die Wählerinnen und Wähler auch diesmal wieder blind folgen.

Der Antrag wurde deutlich abgelehnt. Das Fazit aus der Aargauer Atomausstiegsdebatte ist schockierend: Während in Deutschland breit und ernsthaft über einen Ausstieg nachgedacht wird, haben die Aargauer Bürgerlichen tatsächlich vor, das Problem zu verdrängen und auszusetzen. Offenbar ist man bereit, für eine vermeintlich funktionierende Welt das latente Risiko eines GAU auf sich zu nehmen. Dafür setzt man auf die Vergesslichkeit der Menschen – bis zum nächsten Unfall, der vielleicht nicht auf der anderen Seite der Welt passiert, sondern in Neckarwestheim, in Fessenheim oder in Leibstadt.

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion. Er kandidiert 2011 für den Nationalrat.



KOMMENTAR

Nachhaltig verkehrt

Zuerst produzierte der Grosse Rat ein Energiegesetz, das so heisst, aber keines ist. Dann folgte eine absurde Grossratsdebatte über den Atom-



Ausstieg. Und dann ist da ein Energiedirektor Beyeler, der alles und jedes prüfen und analysieren möchte. Fakten zu kennen, bevor man entscheidet, ist wichtig. Doch welche neuen

Fakten sind seit Japan noch zu erwarten? Liegen die Entscheidungsgrundlagen nicht bereits alle auf dem Tisch? Warum zuwarten? Um «das Problem» auszusetzen?

Dass die SVP am liebsten zurück in die 60er-Jahre möchte, ist allgemein bekannt. Ebenso der Umstand, dass die «bürgerliche Mitte» von sich behauptet, sie betreibe eine konstruktive Politik, die auf «ausgewogene» und «verkräftbare» Resultate abzielt. Aber: Wie sich die Aargauer Mitte-Rechts-Koalition, also die Mehrheit, in den letzten Jahren gerade in der Energiefrage gebärdet, Fortschritte abwürgt, damit nebenbei auch der Wirtschaft schadet und jede zeitgemässe Politik verhindert, geht auf keine Kuhhaut.

Ein Beispiel: Gefragt sind seit langem, aber jetzt besonders, Fördermassnahmen für die Erneuerbaren und für Energieeffizienz. Sie sind im Aargau auch nächstes und übernächstes Jahr geplant. Jedoch: Um das Geld zu zählen, das man dafür zur Verfügung stellt, braucht man keine zwei Hände. Wenn das Thema nicht so ernst wäre, würde ich sagen: lächerlich. Das ist es aber nicht. Es ist verhängnisvoll.

Wir, Genossinnen und Genossen, sind seit Jahrzehnten in Bewegung. Und wollen endlich eine vernünftige Energiepolitik.

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau und Grossrat.